

Tribüne

Ein Verbot schadet den Sexarbeitenden

Replik zur Prostitutionsdebatte Eine Kriminalisierung des Sex-Kaufs verschlechtert das Leben der Betroffenen, hat mit Feminismus nichts zu tun und beruhigt nur das schlechte Gewissen. Sexarbeitende brauchen stattdessen bessere Arbeitsbedingungen.

Christa Ammann

Es sind wenige, laute Einzelmeinungen, die eine Kriminalisierung vom Kauf sexueller Dienstleistungen und weitere Einschränkungen fordern. Die Forderungen sind populistisch und erhalten entsprechend viel Raum.

Doch viel gravierender ist, dass sie das Wissen der Fachorganisationen ignorieren und bewusst eine Verletzung von Menschenrechten und eine Verschlechterung der Lebens- und Arbeitsbedingungen von Sexarbeitenden in Kauf nehmen.

Xenia und viele weitere Fachberatungsstellen, die seit Jahrzehnten Sexarbeitende beraten, sowie die Mitglieder der Schweizer Koalition für die Rechte von Sexarbeitenden – darunter alle namhaften Schweizer Menschenrechts-, Gesundheits- und Frauenrechtsorganisationen sowie selbstorganisierte Kollektive von Sexarbeitenden –, sind sich mit Behörden, dem Bundesrat und dem Parlament einig: Das Schwedenmodell ist keine gute Lösung für die Schweiz, da es Sexarbeitende in den Untergrund treibt. Auch die meisten Forderungen der Mitte-Frauen sind nicht nützlich.

Man muss Sexarbeit nicht gut finden und sich pudelwohl fühlen beim Gedanken, dass sexuelle Dienstleistungen angeboten oder nachgefragt werden. Trotzdem ist es unsere gesellschaftliche Verantwortung, dass alle Menschen, die Sexarbeit ausüben, möglichst gute Rahmenbedingungen haben.

Eine Einführung des nordischen Modells würde die Situation von Sexarbeitenden hingegen nur verschlechtern. Denn bei diesem Modell geht es nicht nur um die Kriminalisierung von Freiern. Auch alle Drittpar-



Demonstration mit rotem Regenschirm – dem Symbol für die Rechte der Sexarbeiterinnen: Kundgebung im August 2022 in Malaga, wo es um ein Verbot der Prostitution ging. Foto: Imago

teien werden kriminalisiert. Das heisst konkret: Sexarbeitende müssen im Verborgenen arbeiten. Sie müssen ihre Kunden vor der Polizei schützen. Sie können keine Zimmer legal mieten. Sie können nicht zusammenarbeiten oder ihr Einkommen mit einer erwachsenen Person im gleichen Haushalt teilen, da dies als Zuhälterei gelten würde. Sie können nirgends sicher arbeiten. Alles um sie herum würde kriminalisiert, inklusive ihr Lohn. Sie wären isoliert und der Zugang zu Beratungs- und Unterstützungsangeboten wäre stark erschwert. Die Forderung nach einem solchen System ist

nicht solidarisch und widerspricht unserem Feminismus. Hier werden Kämpfe im Namen von «Gleichstellung» und «Feminismus» auf Kosten von verletzlichen Personengruppen ausgetragen. Kritiker und Kritikerinnen der Prostitution scheuen sich dabei nicht, Bilder von migrantischen Frauen zu bedienen, die nicht in der Lage sein sollen, Entscheidungen zu fällen. Das ist stossend.

Sexarbeitende brauchen keine populistischen und realitätsfernen politischen Diskussionen, sondern praktikable Lösungen. Gesetze, die Sexarbeitende schützen würden, gibt es

bereits genug – es hapert aber am Vollzug. Dort sollte die Politik ansetzen.

So müssen beispielsweise die Arbeitsbedingungen in Bordellen strenger kontrolliert werden: Wie viel müssen Sexarbeitende den Betreibenden vom Lohn abgeben? Können Sexarbeitende Kunden ablehnen? Haben sie Zugang zu bezahlbaren Arbeitszimmern? Haben sie überall in der Schweiz Zugang zu Gesundheitsangeboten und professionellen, ergebnisoffenen Beratungsangeboten?

Der Ruf von einzelnen Politikerinnen, Politikern und Medien-

schaffenden nach zusätzlichen repressiven Mitteln oder dem nordischen Modell macht deutlich, dass die Augen vor der Realität im Sexgewerbe verschlossen werden. Es suggeriert, dass es nur «eine Realität» gibt statt der vielen Realitäten. Es suggeriert, dass «die Problematik» durch einfaches Durchgreifen verschwindet. Doch einfache Lösungen funktionieren hier nicht.

Zu behaupten, dass nur die wenigsten Sexarbeitenden ihre Arbeit freiwillig ausüben und es deshalb mehr Repression brauche, ist zynisch und realitätsfern. «Freiwilligkeit» ist

keine nützliche Kategorie in einer Welt, in der man Geld zum Leben braucht.

Die Forderung nach mehr Repression stellt auch das eigene Unbehagen ins Zentrum («weg damit, ich halte es nicht aus») statt diejenigen Massnahmen, die Sexarbeitenden zugutekämen. Gründe, die den Entscheidungshorizont von Menschen grösser oder kleiner machen, liegen in Phänomenen wie Armut, Bildung, Geschlechterungleichheit, Aufenthaltsstatus – und nicht in der Sexarbeit.

Sexarbeit an sich ist keine unwürdige Arbeit. Unwürdig sind oftmals die Arbeitsbedingungen, die sich durch den politischen Willen und konkrete Schritte verbessern liessen, um wirklich etwas für Sexarbeitende zu tun. Unwürdig ist auch die Sexarbeitsfeindlichkeit.

Xenia und die Schweizer Koalition für die Rechte von Sexarbeitenden arbeiten für mehr Mitsprache von Sexarbeitenden, sichere und faire Arbeitsbedingungen für Sexarbeitende. Diese müssen selbst über Kunden und ihr Angebot bestimmen können und Zugang zu günstigen Gesundheitsangeboten und Aufklärung bekommen. Wir setzen uns ein für professionelle Beratung, langfristige ergebnisoffene Unterstützung beim Jobwechsel und die Überwindung von gesellschaftlicher und institutioneller Stigmatisierung und Diskriminierung von Sexarbeitenden. Unterstützung ist willkommen.

Christa Ammann, 42, ist ausgebildete Sozial- und Heilpädagogin. Sie leitet seit mehreren Jahren die Fachstelle Sexarbeit Xenia in Bern. Für die Alternative Linke sass sie sechs Jahre im Berner Stadtrat, seit 2018 ist sie Grossrätin im Berner Kantonsparlament.

Ist Sebastian Kurz durch diesen Freispruch nun rehabilitiert? Im Gegenteil

Die ÖVP jubelt über das Urteil gegen den Ex-Kanzler, nicht wenige träumen von dessen Rückkehr in die Politik.

Verena Mayser

Einen Augenblick lang sah es so aus, als sei Sebastian Kurz kritisch mit sich selbst. Das war, als er in seinem Berufungsverfahren am Montag das letzte Wort hatte. Kurz wurde vorgeworfen, in einem parlamentarischen Untersuchungsausschuss 2020 falsch ausgesagt zu haben, er soll den Einfluss, den er als österreichischer Bundeskanzler auf die Besetzung von Aufsichtsräten genommen hatte, heruntergespielt haben. Auf der Anklagebank sagte Kurz also, er hätte sich damals besser auf den Untersuchungsausschuss vorbereiten sollen. «Das war ein Fehler.»

Es waren die Worte, auf die viele gewartet haben, die Kurz

zwischen 2017 und 2021 als Regierungschef erlebt haben. Dass dieser so von sich selbst überzeugte wie gehypte Politiker das Offensichtliche ausspricht: dass er möglicherweise etwas falsch gemacht hat. Denn zu dieser Annahme gibt es Gründe. Kurz musste als Kanzler zurücktreten, nachdem die sogenannte Inseratenaffäre bekannt geworden war. Auf Kosten des Steuerzahlers sollen teure Anzeigen in Medien geschaltet worden sein, um die Berichterstattung im Sinne von Sebastian Kurz zu beeinflussen. Die Staatsanwaltschaft ermittelt deswegen auch gegen Kurz, der die Vorwürfe bestreitet.

Doch kaum war der 38-Jährige vom Vorwurf der Falschaussage freigesprochen worden (den Richtern zufolge hatte er die

Fragen im Untersuchungsausschuss korrekt beantwortet), war er wieder ganz der Alte. Noch an der Schwelle des Gerichtssaals wandte sich Kurz an die versammelte Presse und beklagte sich über die Ermittlungen, die er habe aushalten müssen. Es war Kurz' typische Rolle: die des Justizopfers.

Als Spitzenpolitiker hat Kurz immer wieder die Arbeit demokratischer Institutionen infrage gestellt. Er hat den Initiatoren des Untersuchungsausschusses, immerhin eines der wichtigsten Gremien der parlamentarischen Kontrolle, vorgeworfen, sie würden nicht die volle Wahrheit erforschen, sondern nur eine (partei-)politische Wahrheit. Er unterstellte der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft, die gegen

die weitverbreitete Korruption in Österreich vorgeht, sich von seinen Gegnern instrumentalisieren zu lassen. Nicht zuletzt hat er in seinem Verfahren wegen Falschaussage versucht, seine Glaubwürdigkeit folgendermassen zu beweisen: Er liess zwei Russen als Zeugen auflaufen, von denen bis dahin nie jemand gehört hatte und die sich vor Gericht in fast



Sieht sich als Justizopfer: Ex-Kanzler Sebastian Kurz. Foto: AFP

komische Widersprüche verstrickten.

Es gehört zum Instrumentenkasten von Populisten, die Justiz zu verachten. Den Rechtsstaat als feindlich anzusehen, um sich über demokratische Spielregeln hinwegsetzen zu können. Umso mehr verwundert es, wie sehr die konservative ÖVP noch immer an Sebastian Kurz festhält. Der Freispruch war gerade erst gesprochen, da überschlugen sich die Spitzenkräfte der ÖVP schon mit Beifallsbekundungen. Man habe immer an die Unschuld von Kurz geglaubt, schrieb der ÖVP-Generalsekretär in einer Aussendung. ÖVP-Bundeskanzler Christian Stocker sagte, es habe sich «nach einem sehr langen Verfahren herausgestellt, dass die Vor-

würfe zu Unrecht bestanden haben». Damit übernahm die ÖVP-Spitze das Narrativ von Sebastian Kurz, dass ja nun «alles in sich zusammengefallen» und er vollständig rehabilitiert sei. Das Gegenteil ist der Fall, der strafrechtlich viel gewichtigere Brocken der Inseratenaffäre kommt erst auf Kurz zu.

Es gab nicht wenige in der ÖVP, die im Trubel der Regierungsbildung Anfang des Jahres forderten, Sebastian Kurz möge wieder den Parteivorsitz übernehmen. Nach dem Freispruch können sich viele erst recht vorstellen, dass Kurz in die Politik zurückkehrt. Die ÖVP sollte vorsichtig sein mit ihrer Sehnsucht nach jemandem, der seine Interessen gern über die des Rechtsstaats stellt.